

Wir und die Diktatoren

Helvetistan Im IWF vertritt die Schweiz üble Regimes
Von Alain Zucker

Ungerührt lassen derzeit die USA, die Franzosen und die Engländer jene Diktatoren der arabischen Welt fallen, die sie einst als verlässliche Freunde lobten. Sie wollen nicht auf der falschen Seite der Geschichte stehen und nehmen in Kauf, aufgrund der früheren Kumpanei mit Ghadhafi und Mubarak als Heuchler verlacht zu werden.

Schadenfreudiger Spott ist gerade hierzulande häufig anzutreffen. Doch wie ein Blick auf einen Nebenschauplatz zeigt, auf dem die Schweiz mitmischt, ist die Sache komplizierter. Sollten die Aufstände nämlich auf das sogenannte Helvetistan übergreifen, die muslimischen Länder Zentralasiens in der Schweizer Stimmrechtsgruppe beim Internationalen Währungsfonds (IWF), wird es um unsere eigene Doppelmoral gehen. Die Schweiz hatte sich 1992 nur einen IWF-Exekutivsitze sichern können, weil sie unter anderem dank der Unterstützung der Regimes von Usbekistan, Turkmenistan, Aserbeidschan eine genügend grosse Stimmrechtsgruppe zimmern konnte.

So repräsentiert die Schweiz im IWF einige üble Regimes (Usbekistan ist nicht mehr dabei, dafür Kasachstan).

Zudem unterstützt die Schweizer Entwicklungshilfe die Länder teilweise beträchtlich. Da ist man versucht, dem Tessiner Ständerat Dick Marty recht zu geben. Er sagte letzte Woche im Parlament, die Schweiz verleihe mit ihrem Verhalten diesen Staaten eine «gewisse Legitimität», und forderte einen Verzicht auf den IWF-Sitz.

Nur: Würde ein Verzicht die Diktaturen Zentralasiens delegitimieren? Wohl kaum angesichts des Geschachs um die Exekutivsitze des IWF, Stimmrechtsgruppen buhlen geradezu um die «-stan»-Länder. Und der Schweiz wäre damit auch nicht gedient. Dank IWF kann sie sich immerhin in einem der grossen internationalen Entscheidungsgremien einbringen, während sie sonst aussen vor bleibt. Und will sie ihre Interessen auch wahren, solange gemäss der Denkfabrik Freedom House noch mehr als die Hälfte aller Staaten teilweise autokratisch regiert sind, wird sie nicht nur mit demokratischen Ländern Allianzen bilden können. Dass sie deswegen auch mal auf der falschen Seite der Geschichte landen könnte, gehört zum zynischen Geschäft.